

"Der erste Schritt zum geeinten Europa" in Weststeirische Rundschau (10. Juni 1950)

Legende: Am 10. Juni 1950 kommentiert die österreichische Wochenzeitung Weststeirische Rundschau den Schuman-Plan, der auf eine supranationale Kontrolle der deutsch-französischen Kohle- und Stahlproduktion abzielt.

Quelle: Weststeirische Rundschau. 10.06.1950, n° 24; 24. Jg. Deutschlandsberg.

Urheberrecht: Weststeirische Rundschau - Sima

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_erste_schritt_zum_geeinten_europa"_in_weststeirische_rundschau_10_juni_1950-de-da291e9b-1eeb-4fe3-b889-a031b07bbd8f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Der erste Schritt zum geeinten Europa

Der Vorschlag der französischen Regierung zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der deutschen und französischen Stahl- und Kohlenproduktion ist zweifellos die größte politische Sensation seit der Schaffung des Marshallplanes. Aber nicht nur das, Sensationen, insbesondere in der Politik, sind sehr oft Eintagsereignisse, die in unserer raschlebigen Zeit nur so lange im Gedächtnis der Menschheit haften bleiben, bis sie von nächsten, die Gemüter der öffentlichen Meinung bewegenden sensationellen Vorkommnissen bedrängt werden. Dieses Mal aber wurde nicht nur eine Sensation geboren, sondern eine Tat gesetzt, ein praktischer Vorschlag gemacht, der sicherlich als der erste Schritt auf dem Wege zum wirtschaftlich und politisch geeinten Europa erscheinen kann. Vorerst allerdings ist diese Mitteilung der französischen Regierung bloß eine Anregung und insbesondere wir in Österreich können weder die Bedeutung des Vorschlages in seiner ganzen Größe ermessen, noch voraussehen, wann und in welcher endgültigen Form er schließlich zur Realität werden wird. Was wir aber hingegen sehr wohl abschätzen können, ist die Tragweite dieses Entschlusses.

Jeder, der über den Gang der europäischen Geschichte in den letzten 100 Jahren nur einigermaßen orientiert ist, wird um die tragischen Mißverständnisse und deren verhängnisvollen Folgen im Nebeneinanderleben dieser beiden größten und bedeutenden Völker unseres Kontinents Bescheid wissen. Drei blutige Kriege, von denen die beiden letzten in wahrstem Sinn des Wortes die Welt aus den Angeln zu heben drohten, mußten über Europa nur deswegen hinwegbrausen, weil zwei Staaten zur Vereinigung ihrer politischen Differenzen seinen anderen Ausweg als die Anwendung von Gewaltmitteln fanden. Das ist – oder zumindest scheint es so – nun für alle Zeiten vorbei. Als die Meldung von der tatkräftigen Verständnisbereitschaft des französischen Volkes ihre Runde um die Welt machte, ist sicherlich durch alle Hauptstädte unseres Erdballes, besonders aber durch die Metropolen der freien europäischen Völker ein hörbares Aufatmen der Erleichterung gegangen, denn es scheint, daß der Entschluß Frankreichs, zusammen mit seinem deutschen Nachbarn auf dem wichtigsten Gebiet der Wirtschaft den gleichen Weg zu gehen, ja noch mehr, die Schlüsselindustrien der beiden Staaten gemeinsam und gleichberechtigt zu verwalten, den Anfang einer neuen Ära in den Beziehungen dieser beiden Länder darstellt. Manche mögen sich fragen, warum ein großes Volk, das dazu noch einen Krieg gewonnen hat, zugunsten des unterlegenen, besetzten und zu einem beträchtlichen Teil auf Gedeih und Verderb seiner Kontrolle ausgelieferten Nachbarvolkes, freiwillig auf einen Teil seiner Souveränität verzichtet?

Diese sehr verständliche Frage zu untersuchen, führt zu einer sehr wichtigen Erkenntnis, die darin gipfelt, daß es zwei vom Geist der christlichen Solidarität beseelte Regierungen waren, die über wirtschaftliche und politische Differenzen, über traditionelle „Erbfeindschaftsgefühle“ hinweg, ununterbrochen seit Kriegsende ehrlichen Versuch machen, zur Verständigung zu gelangen. Der politischen und wirtschaftlichen Probleme zwischen dem freien Frankreich und dem besetzten Deutschland gab es und gibt es bis heute viele, man denke nur an die Differenzen um das künftige Schicksal des Saargebietes, an das Besatzungsstatut für den jungen westdeutschen Staat oder an die Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der deutschen Stahlkapazität. Alles das sind Differenzen, deren Lösung ohne den Geist der christlichen Solidarität undenkbar wäre. Und trotzdem haben sich Bundeskanzler Dr. Adenauer und Ministerpräsident Bidault, zusammen mit Außenminister Schumann redlich und ehrlich bemüht, das Wohl ihrer Völker und die Sicherung des Friedens über die zwischenstaatlichen Differenzen zu stellen.

Alle Kritiker des französischen Vorschlages mögen erkennen, daß eine deutsch-französische Verständigung für den europäischen Raum den Schlüssel zum Frieden darstellt. Daß diese Verständigung angesichts der immer größer und gefährlicher werdenden Bedrohung der freien Welt buchstäblich in letzter Stunde erfolgen muß, wenn Europa nicht zusammenbrechen soll, ist so selbstverständlich, daß es eigentlich gar nicht besonders hervorgehoben werden müßte.